

Frankfurter Rundschau



Frankfurt

Rhein-Main

Politik

Wirtschaft

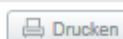
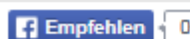
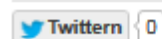
Panorama

Übersicht | Blockupy | Stadtteile Ost | West | Nord | Süd | Stadtentwicklung | Gericht |

Aktuell: [Dossier Terror in Paris](#) | [Skispringen, Wintersport](#) | [Pegida](#) | [Flucht und Zuwa](#)

FR-Newsicker

Schnell und kurz - der Newsticker von FR-Online aus allen Ressorts.



Türkische Gemeinde im Norden verurteilt Terroranschlag

KIEL – Den Behörden in Schleswig-Holstein liegen derzeit keine Hinweise auf gesteigerte Sicherheitsgefahren im Land vor. Das Land folge der Einschätzung des Bundeskriminalamtes, wonach in Deutschland eine hohe abstrakte Gefährdung bestehe, sagte Innenstaatssekretärin Manuela Söller-Winkler am Donnerstag vor dem Hintergrund den Terroranschlags in Paris auf die Redaktion des religionskritischen Satiremagazins «Charlie Hebdo». Dabei waren am Mittwoch zwölf Menschen getötet worden.

Das Innenministerium in Kiel ordnete bis Sonnabend für die Dienstgebäude der Behörden des Landes Trauerbeflaggung an. Hinweise auf Täter- oder Fluchtbezüge nach Schleswig-Holstein gebe es im Zusammenhang mit dem Anschlag von Paris nicht, gab die Innenstaatssekretärin an.

Dem sogenannten dschihadistischen Spektrum ordnen die Behörden in Schleswig-Holstein etwa 50 bis 60 gewaltbereite Islamisten zu. 24 Menschen seien nach Syrien gereist, um sich dort am Bürgerkrieg zu beteiligen. 6 davon seien vermutlich in Syrien gestorben und 10 wieder nach Deutschland zurückgekehrt. Etwa 24 weitere Menschen planen laut Innenministerium die Ausreise nach Syrien.

Die Türkische Gemeinde in Schleswig-Holstein verurteilte den Terroranschlag von Paris scharf. «Ein derartiges Verbrechen kann durch keine Weltanschauung oder Religion gerechtfertigt werden und ist unvereinbar mit allen Werten, die eine freiheitliche und demokratische Gesellschaft ausmachen», erklärte der Landesverband.

«Während Europa und die Welt nun nach Paris schauen, dürfen wir es jedoch nicht zulassen, dass andere radikale Gruppen diese schreckliche Tat instrumentalisieren, um damit ihre Hetze gegen friedliche BürgerInnen mit unterschiedlichen kulturellen und religiösen Identitäten in Deutschland zu begründen», heißt es weiter. «Das Gebot der Stunde ist Mitgefühl und Nächstenliebe, nicht Hass und Spaltung», sagte der Landesvorsitzende der Türkischen Gemeinde, Cebel Küçükkaraca. (dpa/Ino)